

Beschlussempfehlung und Bericht

des Sportausschusses (5. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Jörn König, Klaus Stöber, Andreas Bleck, Edgar Naujok und der Fraktion der AfD
– Drucksache 20/4063 –

Deutsche Bewerbung für die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele zum nächstmöglichen Termin auf den Weg bringen

A. Problem

Seit den Olympischen Sommerspielen München 1972 haben in Deutschland keine Olympischen Spiele mehr stattgefunden. Sechs Bewerbungen Deutschlands um Olympische Winter- oder Sommerspiele waren aus unterschiedlichen Gründen nicht erfolgreich, obwohl Deutschland mit mehreren Städten und Regionen die Voraussetzungen für nachhaltige Spiele erfüllen würde. Die den Antrag einbringende Fraktion der AfD fordert, dass Deutschland beim Internationalen Olympischen Komitee schnellstmöglich sein Interesse an der Ausrichtung der Sommerspiele zum nächstmöglichen Termin bekundet und ein Verfahren zur Auswahl der Gastgeberstadt Deutschlands startet.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 20/4063 abzulehnen.

Berlin, den 9. November 2022

Der Sportausschuss

Frank Ullrich
Vorsitzender

Sabine Poschmann
Berichterstatterin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Tina Winklmann
Berichterstatterin

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Sabine Poschmann, Fritz Güntzler, Tina Winklmann, Philipp Hartewig, Jörn König und Dr. André Hahn

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat den Antrag auf **Drucksache 20/4063** in seiner 63. Sitzung am 20. Oktober 2022 in erster Lesung beraten und zur federführenden Beratung an den Sportausschuss und zur Mitberatung an den Haushaltsausschuss, den Ausschuss für Tourismus und den Ausschuss für Kultur und Medien überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Deutschland hat seit den Olympischen Sommerspielen München 1972 keine Olympischen Spiele mehr ausgerichtet. Keine große Sportnation war über einen so langen Zeitraum nicht mehr Ausrichter dieser Sportgroßveranstaltung. Deutschland hat sich in dieser Zeit sechsmal um die Ausrichtung Olympischer Spiele beworben, aus unterschiedlichsten Gründen war keine der Bewerbungen erfolgreich. In den vergangenen Jahren hat es mehrfach Kritik an der Gastgeberstadt-Vergabe durch das IOC und an den Ausrichterstädten gegeben, insbesondere dann, wenn die Olympischen Spiele in diktatorisch und autokratisch geführten Staaten stattfanden. Das IOC entgegnete dieser Kritik – insbesondere im Hinblick auf Peking 2022 – auch mit dem Hinweis, dass es an Bewerbungen aus demokratischen Staaten gemangelt habe. Aus Sicht der den Antrag einbringenden AfD-Fraktion ergebe sich daraus indirekt die Forderung an demokratische Staaten, sich um die Ausrichtung von Olympischen Spielen zu bewerben. Daher sollte der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern, dafür Sorge zu tragen, dass das für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat (BMI) gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund (DOSB) die Voraussetzungen für eine Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele zum nächstmöglichen Termin vorbereitet und anstrebt. Dass Deutschland die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele zum nächstmöglichen Termin mit einer noch zu benennenden Bewerberstadt anstrebe, sollte der Future Host Summer Commission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) mitgeteilt werden. BMI und DOSB sollen eine geeignete Bewerberstadt mit einem Auswahl- bzw. Bewerbungsprozess identifizieren. Sollte die nächstmögliche Bewerbung scheitern, sollte sich Deutschland mit der ausgewählten Bewerberstadt kontinuierlich weiter für die folgenden Olympischen Sommerspiele bewerben.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Haushaltsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 20/4063 in seiner 33. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Tourismus** hat den Antrag auf Drucksache 20/4063 in seiner 23. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Der **Ausschuss für Kultur und Medien** hat den Antrag auf Drucksache 20/4063 in seiner 19. Sitzung am 9. November 2022 beraten und empfiehlt die Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Sportausschuss hat den Antrag auf Drucksache 20/4063 in seiner 21. Sitzung am 9. November 2022 beraten. Als Ergebnis empfiehlt der **Sportausschuss** mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS

90/DIE GRÜNEN, FDP und DIE LINKE. gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, den Antrag auf Drucksache 20/4063 abzulehnen.

Die **Fraktion der SPD** erklärte, dass der Sportausschuss bereits vor einigen Wochen einen ähnlichen – teils wortgleich – Antrag der AfD-Fraktion (Drucksache 20/2591), der eine Bewerbung Münchens für die Olympischen Winterspiele im Jahre 2030 forderte, abgelehnt habe, da vorschnelle und wenig durchdachte Bewerbungen für Olympische Spiele kontraproduktiv seien. Auch der neu vorgelegte Antrag der AfD, der sich auf Olympische Sommerspiele beziehe, verfolge einen falschen Ansatz. Die SPD-Fraktion betonte, dass es weiterhin das gemeinsame Ziel der Sportwelt sei, Olympische und Paralympische Spiele mittel- bis langfristig wieder nach Deutschland zu holen. Vor dem Hintergrund der in der Vergangenheit gescheiterten Bewerbungen für Olympia in Deutschland gehe es nun jedoch darum, aus diesen vergeblichen Versuchen die richtigen Lehren zu ziehen und für zukünftige Bewerbungen eine erfolgsversprechende Strategie zu entwickeln. Der DOSB habe bereits mitgeteilt, an einer entsprechenden Strategie zu arbeiten und diese im Dezember auf der Mitgliederversammlung präsentieren zu wollen. Im Jahr 2023 solle dann eine breite gesellschaftliche Debatte zum Thema Olympische und Paralympische Spiele angestoßen werden, auch um sicherzustellen, dass es für künftige Bewerbungen eine hohe gesellschaftliche Akzeptanz gebe. Auch der neu vorgelegte Antrag der AfD nehme von diesem Prozess überhaupt keine Kenntnis. Die Forderung, ohne kritische Aufarbeitung der gescheiterten Bewerbungen vorschnell einen neuen Anlauf zu nehmen, sei ein Vorhaben, das zum Scheitern verurteilt sei und den Planungen des DOSB entgegenstehe. Der Antrag der AfD werde daher abgelehnt.

Die **Fraktion der CDU/CSU** machte deutlich, dass der Antrag abzulehnen sei. Zwar sei das Bemühen um die Ausrichtung Olympischer Spiele in Deutschland zu begrüßen, aber die Vergangenheit habe gezeigt, dass das Bewerbungsverfahren äußerst komplex sei. Eine bloße an die Bundesregierung gerichtete Aufforderung, entsprechend tätig zu werden, greife daher zu kurz. Wesentlich sei vor allem ein anderer Mangel des Antrages: Er übersehe, dass zunächst die lokale Bevölkerung von der Ausrichtung Olympischer Spiele in Deutschland überzeugt werden müsse, bevor eine Bewerbung überhaupt die erste Hürde erfolgreich nehmen könne. Genau daran seien die Bewerbungen von Hamburg und München gescheitert. Diesen Umstand nenne der Antrag zwar, aber es würden hieraus keine Schlussfolgerungen gezogen, was zwingend erforderlich gewesen wäre.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** merkte an, dass es zuerst Sache des Deutschen Olympischen Sportbundes (DOSB) sei, über eine Olympiabewerbung einer Stadt oder Region zu entscheiden. Diese Voraussetzung für eine mögliche Unterstützung des Bundes sei auch weiterhin nicht gegeben, denn der DOSB werde erst im Dezember 2022 über Modalitäten und Zeitplan entscheiden. Gleiches gelte auch für die Festlegung des Sports, ob man sich für eine Bewerbung um Olympische Sommer- oder Winterspiele entscheide. Offensichtlich habe die antragstellende Fraktion das Verfahren noch immer nicht verstanden. Erst recht sei man von Seiten der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen den Automatismus einer sich immer wiederholenden Bewerbung, falls man sich im ersten Anlauf international beim IOC nicht durchsetzen könne.

Die **Fraktion der AfD** sprach sich dafür aus, dass sich Deutschland um die Ausrichtung von Sport-Großveranstaltungen bewirbt. Dazu gehörten an vorderster Stelle natürlich auch Olympische Spiele. Deutschland sei zuletzt vor über 50 Jahren, 1972 in München, Gastgeber für Olympische Spiele gewesen. In allen G7-Staaten und fast allen großen Sportnationen, außer in Deutschland, hätten seitdem, teilweise mehrfach, Olympische Spiele stattgefunden bzw. seien für die nächsten Jahre Olympische Spiele an diese vergeben worden. Olympische Spiele seien auch immer ein Schub für die Entwicklung des Sports im Land der Bewerberstadt. In den vergangenen Jahren habe es zudem mehrfach Kritik an der Vergabe von Olympischen Spielen und anderen Sportgroßveranstaltungen durch das IOC bzw. internationale Spitzensportverbände an diktatorisch und autokratisch geführte Staaten gegeben, oft verbunden mit kaum mehr zu vertretenden Kosten für den Bau neuer Sportstätten. Diese Kritik sei indirekt verbunden mit der Aufforderung an demokratische Staaten gewesen, die auch die sportinfrastrukturellen Voraussetzungen dafür hätten, sich um die Ausrichtung von Olympischen Spielen zu bewerben. Deshalb wolle die AfD-Fraktion erreichen, dass sich Deutschland zum nächstmöglichen Zeitpunkt um die Ausrichtung von Olympischen Sommerspielen bewirbt. Dafür solle die Bundesregierung aufgefordert werden, dafür Sorge zu tragen, dass das für den Sport zuständige Bundesministerium des Innern und für Heimat gemeinsam mit dem Deutschen Olympischen Sportbund die finanziellen und organisatorischen Voraussetzungen für eine Bewerbung um die Olympischen Sommerspiele vorbereitet. Dabei solle auch ein Auswahl- bzw. Bewerbungsprozess gestartet werden, dessen Ergebnis die Auswahl einer geeigneten Bewerberstadt sei, mit der Deutschland die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele anstrebe. Darüber solle auch unverzüglich die Future Host Summer Commission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC) informiert werden.

Die **Fraktion der FDP** erklärte, die im Antrag der Fraktion der AfD unter anderem geforderte Information der Future Host Summer Commission des Internationalen Olympischen Komitees (IOC), dass Deutschland mit einer noch zu benennenden Bewerberstadt die Ausrichtung der Olympischen Sommerspiele zum nächstmöglichen Termin anstrebe, werde von den Freien Demokraten nicht unterstützt. Zu aller erst sei aus Sicht der FDP-Bundestagsfraktion eine Bewerberstadt zu eruieren, um vorab das wichtigste Argument – den Austragungsort – festzulegen, um anschließend mit einer klaren und vollständigen Bewerbung das Interesse für die Ausrichtung Olympischer Spiele beim IOC zu hinterlegen. Aus genannten Gründen sei der Antrag abzulehnen.

Die **Fraktion DIE LINKE** verwies darauf, dass es bereits umfassende Debatten im organisierten Sport und in der Bundespolitik über Voraussetzungen und Möglichkeiten für erneute Bewerbungen Deutschlands um die Ausrichtung von Olympischen und Paralympischen Spielen gebe. Hierfür sei der Antrag der Fraktion der AfD nicht nötig und er erfasse auch nicht die mit diesem Thema verbundenen vielschichtigen Fragen. Aus Sicht der Fraktion DIE LINKE sei eine Voraussetzung für solch eine Bewerbung, dass in Deutschland die gravierenden Defizite bei der Teilhabe am Sport abgebaut würden. Dazu gehörten u. a. eine ausreichende Zahl von gut ausgestatteten und barrierefreien Sportstätten und Schwimmbädern für den Schul-, Breiten- und Gesundheitssport sowie die Gewährleistung von drei Stunden Schulsport in allen Klassenstufen und ein Schwimmunterricht mit dem Ziel, dass jedes Kind bis zum Ende der Grundschule sicher schwimmen könne.

Berlin, den 9. November 2022

Sabine Poschmann
Berichterstatlerin

Fritz Güntzler
Berichterstatter

Tina Winklmann
Berichterstatlerin

Philipp Hartewig
Berichterstatter

Jörn König
Berichterstatter

Dr. André Hahn
Berichterstatter

